



Antrag

der Fraktion der SPD

Ambulante medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die ambulante medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein steht angesichts des demografischen Wandels, des zunehmenden Fachkräftemangels und der schwierigen Nachbesetzung von Haus- und Facharztpraxen vor erheblichen Herausforderungen. Die Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Landesförderprogramm für die Gründung Medizinischer Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft und für die Erweiterungen bestehender, kommunaler MVZ aufzulegen, um die Kommunen bei der langfristigen Sicherung der haus- und kinderärztlichen sowie fachärztliche Versorgung zu unterstützen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert zudem die Landesregierung auf, gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten und den maßgeblich an der Versorgung beteiligten Akteurinnen und Akteuren ein sektorenübergreifendes Konzept zu entwickeln, wie die Bedarfe an Ärztinnen und Ärzten, insbesondere der Allgemeinmedizin und Kinder- und Jugendmedizin, zukünftig gedeckt werden können. Das Konzept sollte dabei insbesondere beinhalten

- a) welche Maßnahmen über die Medizinerinnen- und Mediziner-Ausbildung hinaus auf Ebene der Versorgung wie z.B. die Entlastung von Hausärztinnen- und -ärzten durch die Delegation ärztlicher Leistungen an andere Fachkräftegruppen (z.B. Physician Assistants, Community Health Nurse) oder die Förderung von Telemedizin und Digitalisierung ergriffen werden können,

- b) wie die Berufsgruppen, die Hausärztinnen- und -ärzten in ihre Tätigkeit unterstützen sollen, in ihrer Ausbildung gefördert werden,
- c) wie deutschen Studierenden, die im europ. Ausland Medizin studieren, unbürokratisch ein Praktisches Jahr (PJ) in Deutschland ermöglicht werden kann;
- d) wie das Weiterbildungsnetzwerk für Allgemeinmedizin und der Weiterbildungsverbund Pädiatrie Schleswig-Holstein weiter gestärkt werden können,
- e) welche Maßnahmen ergriffen werden können, um attraktive Arbeitsmodelle für Ärztinnen und Ärzte zu schaffen;
- f) wie die Zusammenarbeit zwischen den Ärztinnen und Ärzten sowie weiteren Berufsgruppen gestärkt werden kann z.B. durch die Gründung von Gesundheitsgenossenschaften und durch die Schaffung von Gesundheitsregionen, um die vernetzte medizinische und pflegerische Grundversorgung auszubauen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung des Weiteren auf, mit der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) und der GKV in einen Dialog zu treten, um die Bedarfsplanung für die ambulante ärztliche Versorgung an den tatsächlichen regionalen Versorgungsbedarf anzupassen sowie sektorenübergreifende Planungspotentiale auszuloten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene weiterhin für eine Lösung bei der noch ausstehenden Neuregelung der Approbationsordnung und für die Umsetzung des „Masterplan Medizinstudium 2020“ einzusetzen und insbesondere dafür zu sorgen, dass eine Finanzierung seitens des Bundes sichergestellt ist.

Begründung:

Die ambulante medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein steht vor erheblichen Herausforderungen. Ein Drittel der Hausärztinnen und Hausärzte geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Die Suche einer Nachfolge ist oftmals eine große Herausforderung und nicht immer erfolgreich.

Um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten und die Attraktivität für ärztliche Niederlassungen zu steigern, braucht es weitere Aktivitäten der Landesregierung. Daher ist die Landesregierung aufgefordert, mit allen an der Versorgung beteiligten Akteurinnen und Akteuren ein Konzept zu entwickeln, um die ambulante medizinische Versorgung für die Zukunft zu sichern. Bausteine könnten z.B. die Delegation ärztlicher Leistungen an andere Fachkräftegruppen, die weitere Förderung von Telemedizin und der Ausbau einer vernetzten Grundversorgung dabei sein.

Des Weiteren soll die medizinische Versorgung in der Fläche gestärkt werden, damit keine Versorgungslücken entstehen. Kommunale Medizinische Versorgungszentren

bieten zahlreiche Vorteile: Sie sind eine direkte Antwort auf den Ärztemangel vor allem im ländlichen Raum, indem sie für Ärzte attraktive Arbeitsbedingungen schaffen – mit geregelten Arbeitszeiten, festen Gehältern und ohne das Risiko einer eigenen Praxisgründung. Für die Bürger bedeutet dies eine verlässliche, wohnortnahe Versorgung und für die kommunalen Vertreter eine Chance, aktiv die Gesundheitslandschaft mitzugestalten. Ein Landesförderprogramm wäre der richtige Schritt, um die Kommunen dabei zu unterstützen.

Birte Pauls

und Fraktion